

Protokoll der Sitzung FORUM SOZIALES am 27. Juni 2017

Termin: Dienstag, den 27. Juni 2017, 18:00-20:00 Uhr

Ort: Richard-Wagner-Straße 20, U01

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. *Begrüßung durch Frau Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer*
2. *Bericht über Maßnahmen der REWAG zur Vermeidung von Energieschulden (Michael Matzke, REWAG-Bereichsleiter Kundenservice/Marktkommunikation)*
3. *Vorstellung des Projektes „Mietführerschein“ der Beratungsstelle für zugewanderte Familien aus Südosteuropa HAJDe (Anna Sonnleitner, Silvia Meyer, Jivka Jeliazova)*
4. *Wünsche, Sonstiges, Anregungen aus dem Teilnehmerkreis*
5. *Neuer Termin*

1. Begrüßung durch Frau Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer

Frau Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, bedankt sich bei Herrn Dr. Merk für die organisatorische Vorbereitung und stellt die Referenten zu o. g. Themen vor und übergibt das Wort an den ersten Referenten.

2. Bericht über Maßnahmen der REWAG zur Vermeidung von Energieschulden

Herr Matzke, Bereichsleiter Kundenservice/Marktkommunikation REWAG, erstattet Bericht über die Maßnahmen der REWAG zur Vermeidung von Energieschulden. Ein zusätzlicher Aspekt des Vortrags liegt auf der Darstellung einer nachhaltigen Energiewirtschaft des Unternehmens.

Die REWAG möchte mit einer nachhaltigen und fairen Energie- und Wasserversorgung dazu beitragen, Regensburg und die Region als einen der attraktivsten Lebens- und Wirtschaftsräume zu etablieren bzw. zu erhalten. Dazu zählt auch, gesellschaftliche Verantwortung zum sparsamen und sinnvollen Umgang mit Energie und Verantwortung für sozial schwächere Haushalte zu übernehmen.

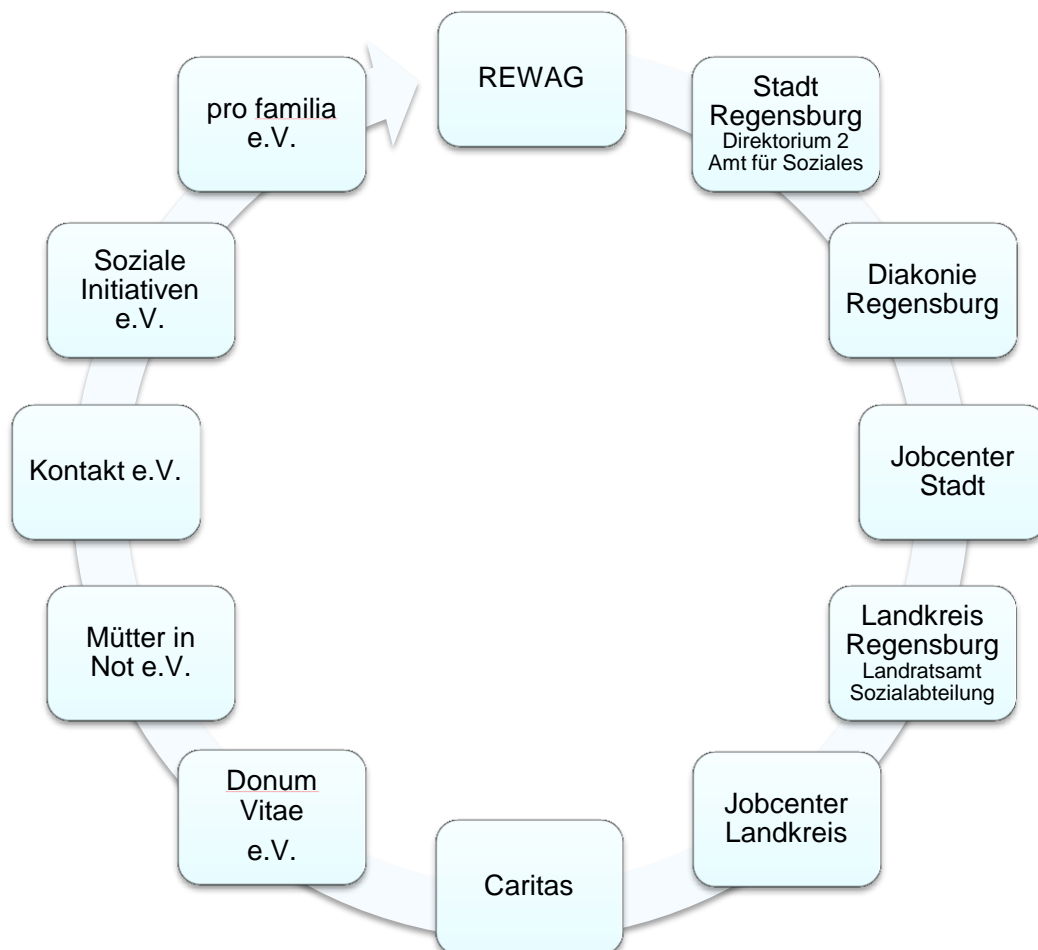
Hierfür bietet die REWAG:

- persönliche Beratung,
- Energieberatung,
- fundierte Beratungsgespräche,
- Verleih von Strommessgeräten,
- Verleih von Beleuchtungskoffern,
- Sozialrabatte,
- Förderprogramm für energiesparende Geräte ,

- Forderungsmanagement als Beratung und Hilfe,
- verschiedene Zahlungsmöglichkeiten.

Herr Matzke stellte weiterhin die Rechtsgrundlagen für eine Sperrung dar. Energiesperrungen sind die Ultima Ratio, der Verbraucher hat über 40 Tage Zeit, die Sperrung abzuwenden. Rechtliche Grundlage ist §19, Abs.2 StromGKV (oder GasGKV). Dem Mahnverfahren geht eine Rechnung mit einem Zahlungsziel von 14 Tagen voraus. D.h. bevor der Kunde die erste Mahnung erhält hat er bereits ca. 4 Wochen Zeit zu reagieren. Im Anschluss erfolgt eine Zahlungserinnerung zu unausgeglichener Zahlungsforderung, zwölf Tage nach Fälligkeit, dies ist eine Mahnung mit Sperrandrohung mit einer Vier-Wochen-Frist. Ist immer noch kein Zahlungseingang oder eine Kontaktaufnahme zur REWAG erfolgt, kommt es zur Ankündigung der Sperrung zur „unverzüglichen Umsetzung gem. GVV“ mit einer Drei-Tages-Frist.

Der „Runde Energietisch“ wurde am 16.11.2015 dazu eingerichtet, soziale Kompetenzen durch den Dialog, Austausch und die Ideen der Beteiligten zu bündeln. Der Teilnehmerkreis wurde mittlerweile erweitert. Er besteht aus:



Er soll dazu dienen ein Umdenken im Zusammenhang mit Energieschulden bewirken, diese frühzeitig vermeiden, Strom- und/oder Wärmeunterbrechungen verhindern helfen und eine nachhaltige, wirtschaftliche Grundversorgung sichern, insbesondere bei „schutzbedürftigen und „unterstützungsbedürftigen Personen“.

Erste konkrete Maßnahmen als Ergebnis des Runden Tisches sind bereits realisiert worden:

- Einrichtung einer „Notfall-Hotline“ bei REWAG exklusiv für die Mitarbeiter der Beteiligten,
- Verteilung Flyer „Trinkwasser“ an Flüchtlinge in Ersteinrichtungen,
- Kommunikation wird besser genutzt,
- persönliche Ansprache im Kundencenter,
- Andruck auf Mahnungen,
- Hinweise auf Postern, Broschüren, Flyern,
- neuer „Rechnungserklärer“ online,
- Mehrsprachigkeit,
- Schulung haupt- und ehrenamtlicher Helfer im Hinblick auf energiewirtschaftliche Prozesse und Energieberatung,
- Unterstützung ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer mit dem Amt für Weiterbildung,
- Vortrag für ehrenamtliche Helfer zum Thema Flüchtlinge im Landratsamt Nov. 2016,
- Flyer „Energieberatung“ mehrsprachig,
- REWAG-Teilnahme am Integrationsfest im September 2016,
- Absenderlogo eingeführt,
- Kombination mit Projekt Stadt/Diakonie „aufsuchende Energieberatung“ = Energiesparhelfer,
- Pilotprojekt 2017: Einsatz Prepaid-Zähler,
- Abschlagsmanagement,
- „Cents für Gutes“.

Frau Maltz-Schwarzfischer begrüßte das soziale Engagement der REWAG und betonte die Wichtigkeit der Arbeit am Runden Energietisch.

Im Anschluss bestand Gelegenheit für Fragen zum Vortrag des Herrn Matzke.

Auf Nachfrage von Herrn Spieß zum Sozial-Rabatt der REWAG erläutert Herr Matzke, dass die betroffenen Haushalte Kunden der REWAG sowie GEZ-befreit sein müssen und dann circa 100 Euro pro Jahr sparen. Dieser Rabattantrag ist jährlich neu zu stellen. Die Zahl der Verträge konnte durch einen Aufsichtsratsbeschluss 2016 von 1000 auf 1500 Verträge pro Jahr angehoben werden.

In einer weiteren Anmerkung führt Herr Spieß an, dass das Konzept der Prepaid-Zähler aus seiner Sicht eine gute Idee sei und erkundigt sich, welche Kosten pro Zähler entstehen. Herr Matzke antwortet, dass die Zählergebühr für einen Prepaid-Zähler etwas höher ist. Kunden der REWAG, die

in den letzten zehn Jahren drei bis vier Mal gesperrt wurden, können den Prepaid-Zähler in Anspruch nehmen. Die Kosten für mehrmaliges Sperren und Öffnen lägen deutlich höher als die höhere Gebühr für den neuen Zähler. Die REWAG bietet vier verschiedene Einzahlungsmöglichkeiten an, die Bareinzahlung wurde aus Service- und Sicherheitsgründen eingestellt und ist nur noch bei einem Bankinstitut möglich. Frau Kolbe-Stockert fügt an, dass sich diejenigen, die nicht GEZ-befreit sind aber trotzdem über ein geringes Einkommen verfügen, bei der Caritas und Diakonie beraten lassen können.

Nochmals bezieht sich Herr Spieß auf das Konzept der Prepaid-Zähler, indem er feststellt, dass Prepaid-Zähler sinnvoll für diejenigen Kunden sind, die Schwierigkeiten in der Organisation ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse hätten. Deshalb fragt er nach, ob es nicht einfacher sei, von Beginn an bei einigen Kunden einen Prepaid-Zähler einzusetzen. Herr Matzke berichtet, dass ein normaler Zähler im Einkauf 30 bis 40€ kostet, ein Prepaid-Zähler 400 bis 500 Euro und eine Eichfrist von sieben bis acht Jahren besitzt. Die REWAG erprobt derzeit dieses System, um zu sehen, wie die Kunden damit umgehen. Frau Maltz-Schwarzfischer fügt schließlich hinzu, dass diese Frage bereits bei dem Runden Energietisch thematisiert wird.

Herr Dr. Sgolik stellt fest, dass die REWAG oftmals sehr tiefe Einblicke in die Haushalte und ihre Probleme bekommt. Deshalb bittet er Herrn Matzke um Auskunft, ob der Sperrdienst des Unternehmens für die Erkennung einer Kindeswohlgefährdung geschult ist. Bisher ging noch kein Anruf der REWAG beim Jugendamt der Stadt Regensburg ein, um eine solche zu melden. Herr Matzke antwortet, dass die Fahrer im Außendienst der REWAG für eine solche Einschätzung geschult seien, eine Weitergabe von Informationen an das Jugendamt aber bisher aus Gründen des Datenschutzes juristisch unmöglich sei.

Darauf erwidern Herr Dr. Sgolik und Frau Raith, dass die Meldung einer Kindeswohlgefährdung nach § 8a SGB VIII rechtlich möglich ist. Auch Frau Kolbe-Stockert und Frau Simon bestätigen dies.

Frau Maltz-Schwarzfischer fügt hinzu, dass, sobald die Meldung einer Kindeswohlgefährdung vorliegt, das Jugendamt den betroffenen Haushalt im Vieraugenprinzip besucht und die Meldung überprüft. Abschließend schlägt Herr Matzke vor, dass die Möglichkeit der Meldung, ob ein Kind in einem Haushalt in Gefahr ist, durch Mitarbeiter der REWAG nochmals juristisch überprüft wird. Außerdem wird ein Treffen zwischen dem Amt für Jugend und Familie und Herrn Matzke zum Vorgang anberaumt.

Frau Sonnleitner berichtet, dass oftmals Klienten mit einer angedrohten Sperrung in weniger als drei Tagen zu den Beratungsstellen kommen und erkundigt sich, welche Schritte zur Verhinderung dann überhaupt noch möglich sind. Hierzu verweist Herr Matzke auf das Notfalltelefon der REWAG als Lösungsversuch, auch wenn dieses sich in einer rechtlichen Grauzone befindet, da dadurch die Grundversorgungsverordnung gedehnt werde. Auf Nachfrage von Herrn Spieß, wie man den Zahlungseingang für einen Klienten beweist, äußert Frau Huber, dass es beispielsweise bei der Diakonie Möglichkeiten dazu gäbe.

Herr Weinmann spricht der REWAG das Kompliment aus, sehr entgegenkommend für Kunden in kurz- oder langfristig schwierigen Verhältnissen zu arbeiten. Schließlich schlägt Herr Dr. Sgolik die Teilnahme des Amtes für Jugend und Familie am Runden Energietisch der Stadt Regensburg vor.

3. Vorstellung des Projektes „Mietführerschein“ der Beratungsstelle für zugewanderte Familien aus Südosteuropa HAJDe (Anna Sonnleitner, Jivka Jeliazova)

Frau Sonnleitner stellt im ersten Teil des Vortrags die Beratungsstelle für zugewanderte Familien aus Südosteuropa HAJDe beim Amt für Jugend und Familie vor. Sie besteht seit dem 1. September 2016 aus zwei Vollzeitstellen aufgeteilt auf drei Mitarbeiterinnen und bei Bedarf unter Einbezug von verschiedenen Dolmetschern. Die Stellen sind jährlich befristet, aktuell bis zum 31. Dezember 2017.

Immer noch sind die Bruttolöhne in Bulgarien und Rumänien im EU-Vergleich niedrig. In Folge der EU-Binnenmigration aus Südosteuropa ziehen Familien verstärkt auch nach Regensburg. Bei dem betreuten Personenkreis handelt es sich vordergründig um (neu) zugewanderte Familien mit niedrigem beruflichen Qualifizierungsniveau und einem erhöhten sozialen Integrations- und Betreuungsbedarf. In den letzten zehn Jahren haben sich die Fallzahlen dieser Einwanderungsgruppe verfünffacht, was die Notwendigkeit der Beratungsstelle HAJDe darstellt.

Gemäß § 16 SGB VIII sollen die Familien aus Südosteuropa durch Beratung, Eltern- und Familienbildung, Kinder- und Jugendschutz sowie in aufsuchender Einzelhilfe mit muttersprachlicher Begleitung unterstützt werden. Zusätzlich arbeiten die Mitarbeiterinnen an der Netzwerk- und Kooperationsbildung sowie in der Präventions- und Projektarbeit. Durch die kontinuierliche Arbeit mit immigrierten Familien aus Südosteuropa durch HAJDe wird das Angebot mittlerweile vor allem durch Mundpropaganda weiterempfohlen. Zusätzlich zeigt Frau Sonnleitner den mehrsprachigen Flyer der Beratungsstelle zur Weitergabe des Angebots.

Frau Jeliazova stellt im Anschluss das Projekt „Mietführerschein“ vor. Dieses befindet sich derzeit in der Pilotphase und wurde bislang einmal durchgeführt. Aus der Wahrnehmung einer Problemlage in Regensburg entstand ein praktisches Konzept, das darauf zielt, Familien aus Südosteuropa einen Zugang zum „ersten“ Wohnungsmarkt zu ermöglichen und eine Verbesserung der Teilhabe dieser Familien am gesellschaftlichen Leben zu bewirken. Gleichzeitig erreicht das Projekt durch Information auch die Förderung von Selbstbestimmung der betroffenen Personen und einen Abbau von Integrationshemmnissen und Vorurteilen bei Familien aus Südosteuropa. Zur Durchsicht des Projekts wird das Portfolio an die Teilnehmerrunde gereicht.

Der Projektablauf gliedert sich in fünf Einheiten á zwei Stunden. Mit den Teilnehmern werden die Themen Hausordnung, Mülltrennung, Haushalts- und Kontoführung besprochen. Hier verweist Frau Jeliazova auf den ersten Vortrag der Sitzung, da auch das Thema Energieverbrauch in Mietobjekten thematisiert wird. Es erfolgt eine Wiederholung der Module und schließlich endet die Teilnahme mit der Ablegung einer praktischen Prüfung mit Zertifikatsübergabe.

Frau Maltz-Schwarzfischer bedankte sich ausdrücklich bei den beiden Referentinnen. Herr Dr. Sgolik bezeichnet die Vorstellung des Mietführerscheins als einen pragmatischen Lösungsweg, um die Wohnungssuche für zugewanderte Familien in Regensburg durch die Vorlage des Mietführerscheins erfolgreicher zu gestalten. Auch Frau Schedl lobt die Arbeit der Beratungsstelle HAJDe als Hilfe zur Selbsthilfe und fragt, ob eine Art Buchung des „Mietführerscheins“ in der Arbeit mit Flüchtlingen möglich wäre. Denn oftmals kämen von diesen selbst Nachfragen zu solchen Angeboten. Herr Spieß sprach den beiden Mitarbeiterinnen von HAJDe seinen Dank aus und betonte, dass hier auf wichtige Punkte der Integration Wert gelegt würde und dass die Betroffenen damit mehr Chancen auf dem Wohnungsmarkt hätten.

4. Wünsche, Sonstiges. Anregungen aus dem Teilnehmerkreis

Herr Dr. Sgolik führt zum Schluss der Sitzung an, dass das Protokoll der letzten Sitzung des Sozialen Forums mit dem Protokoll aus dieser Sitzung versandt wird.

Weiterhin liest er die E-Mail von Herrn Kellner vor, der sich für diese Sitzung kurzfristig entschuldigt und für die nächste Sitzung die Themen Altersarmut bzw. bezahlbare Mieten vorschlägt. Darauf erklärt Herr Troidl, dass die Auseinandersetzung mit Altersarmut in Regensburg dringlich und daher

als Thema für das Soziale Forum von Bedeutung ist. Frau Huber merkt an, dass das Thema Altersarmut bereits im Senioren- und Stiftungsamt angekommen ist. Schließlich bedankt sich Herr Dr. Merk bei den Referenten und Teilnehmern und schließt die Sitzung.

5. Neuer Termin

-

Regensburg, den 7. August 2017

Protokoll: Julia Ringlstetter (Anwärterin)
Manfred Krause (Hochschulpraktikant)